DRK-Koordinator Andreas Lindner über das Leben im neuen Flüchtlingslager auf Lesbos – Interview

NWZ

NEUE WÜRTTEMBERGISCHE ZEITUNG

Donnerstag, 29. Oktober 2020 · 2,20 €

Im Verbund der SÜDWEST PRESSE

Kreis Göppingen

Soldaten sollen bei Nachverfolgung helfen

Kreis Göppingen. Die Bundeswehr soll jetzt auch im Kreis Göppingen an die Corona-Front. Weil die Nachverfolgung möglicher Kontakte mit Infizierten kaum noch zu schaffen ist, hofft das Landratsamt auf die Hilfe des Militärs. Der Inzidenzwert ist im Kreis etwas gesunken.
KREIS GÖPPINGEN Seite 15

Bald leichterer Zugang zu den Bussen

Wangen. Weitere Bushaltestellen in der Gemeinde Wangen sollen in nächster Zeit umgerüstet werden, damit sie barrierefrei werden. Die Gemeinde rechnet mit Zuschüssen.
KREIS GÖPPINGEN Seite 17

Statt Kreisverkehr nur normale Kreuzung

Zell u.A. Es muss kein Kreisverkehr sein, es genügt auch eine normale Einmündung. Dies hat der Zeller Gemeinderat mit knapper Mehrheit beschlossen, als es um die Gestaltung der Zufahrt zum neuen Baugebiet Rohrwiesenäcker ging. Der Bürgermeister war anderer Ansicht.
REGION EBERSBACH Seite 24

Machen Sie sich krisenfest

Unsere Serie bis 07.11.

swp

Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram.** Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter
im Südwesten

Heute	Freitag	Samstag
10 | 7	12 | 8	14 | 5

So erreichen Sie uns:
Abo-Service: 07161 204-130
aboservice.nwz@swp.de
Kleinanzeigen 07161 204-203
kleinanzeigen.nwz@swp.de
Geschäftsanzeigen 07161 204-201
anzeigen.nwz@swp.de
Redaktion 07161 204-143
redaktion.nwz@swp.de
Ticketservice 07161 204-119
ticketservice.nwz@swp.de

73014 Göppingen, Postfach 1469
Nummer 251 · 75. Jahrgang · E 5403

41544
4 195158 402205

FOTO: KAY NIETFELD/DPA

Merkel setzt Lockdown durch

Von Montag an müssen die Deutschen wieder mit deutlich härteren Einschnitten leben. Im Kampf gegen das Coronavirus werden die sozialen Kontakte eingeschränkt. Besonders betroffen sind Gastronomie, Kultur und Sport.

Themen des Tages

Eltern unzufrieden mit Eisenmanns Schulpolitik

Umfrage Die Baden-Württemberger kritisieren mehrheitlich das Krisenmanagement im Bildungsbereich. Viele kennen die Kultusministerin gar nicht. *Von Axel Habermehl*

Schlechtes Zeugnis für Susanne Eisenmann: Viele Baden-Württemberger sind unzufrieden mit der Schulpolitik in der Corona-Krise und mit der CDU-Kultusministerin selbst. Das geht aus dem „BaWüCheck“ hervor, einer repräsentativen Befragung des Allensbach-Instituts für Demoskopie im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Die Befragten loben zwar überwiegend die Pandemie-Politik der Landesregierung insgesamt – die Schulpolitik aber nehmen sie aus. So bewertet eine Mehrheit die Arbeit von Grün-Schwarz bei der Bekämpfung der Corona-Krise als gut (51 Prozent) oder sehr gut (9 Prozent), während nur ein gutes Drittel weniger gute (23 Prozent) oder keine gute (11 Prozent) Arbeit attestiert.

In der Schulpolitik sieht das anders aus. Hier äußert die Mehrheit kritische Meinungen. 35 Prozent der Befragten erkennen in dem Bereich „weniger gute“, 22 Prozent sogar „keine gute Arbeit“. Dagegen sehen 31 Prozent „gute Arbeit“ und lediglich drei Prozent „sehr gute Arbeit“ in dem von der Kultusministerin Eisenmann verantworteten Ressort.

BaWü-Check

Über Eisenmann selbst, die auch als Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl im Frühjahr 2021 antritt, trauen sich die meisten Befragten kein Urteil zu. Ein knappes Drittel (32 Prozent) kennt sie gar nicht, fast ebenso viele (30 Prozent) haben keine gute Meinung von ihr. 28 Prozent äußern sich unentschieden, 10 Prozent geben an, eine gute Meinung von Eisenmann zu haben. Besonders misslich für die Ministerin: Bei direkt Betroffenen ihrer Politik, bei Eltern von Schul- oder Kita-Kindern, ist sie zwar deutlich bekannter, aber noch unbeliebter: Hier haben 39 Prozent keine gute Meinung von ihr – nur 14 Prozent eine gute. Die Umfrage stützt sich auf 1000 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 18 Jahre. Im Rahmen des „BaWüChecks“ sind weitere Umfragen zu anderen Themen geplant.
Kommentar und Südwestumschau

Die Situation an den Schulen

„Die Schulen stehen wegen der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen. Wie bewerten Sie die Situation seit Ausbruch der Corona-Krise? Was trifft auf die Situation an den Schulen in Baden-Württemberg zu?“ (Antworten in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

	Bevölkerung:	Eltern:
Es fallen nach wie vor viele Unterrichtsstunden aus	47	48
Der Lehrermangel an den Schulen hat sich gravierend verschärft	41	45
Viele Schulen haben kein überzeugendes Hygienekonzept	29	30
Viele Lehrer haben sich wegen Gesundheitsrisiken vom Unterricht befreien lassen	28	34
Die meisten Schulen kommen gut mit der Situation klar	20	22
Die Maskenpflicht an den Schulen wird eingehalten und ausreichend kontrolliert	18	25

GRAFIK BOCK / QUELLE: IFD-ALLENSBACH

Kommentar
Ulrich Becker
zur Kritik an der Schulpolitik

Kein gutes Zeugnis

Hätten Sie alle Tageszeitungen des Landes abonniert, würden Sie heute morgen staunen: Nicht nur über den erneuten Lockdown berichten alle Blätter, sondern auch über die Umfrage zur Schulpolitik des Landes. Gleichschaltung, Systempresse? Nichts von dem: Die baden-württembergischen Tageszeitungen – 78 Titel mit 1,6 Millionen Auflage – haben sich zusammengetan, um vor der Landtagswahl nachzufassen und nachzufragen. Um zu zeigen, dass eine transparente Demokratie nicht ohne Zeitungen funktioniert. Schon der erste Bereich Bildung sollte der Politik zu denken geben – und der Kultusministerin ganz besonders. Das Krisenmanagement an den Schulen sehen 57 Prozent kritisch. Noch ärger sieht es bei der Digitalkompetenz der Lehrer aus: Die halten 69 Prozent für unzureichend. Ein Armutszeugnis nicht nur für diese Regierung. Dass ein Drittel der Befragten die Spitzenkandidatin der CDU nicht einmal kennt, ist da fast Nebensache.

Wahlwahnsinn

Von Andy Warhol stammt das Bonmot: „In der Zukunft wird jeder 15 Minuten berühmt sein.“ Diese 15 Minuten sind einem Mann aus dem US-Bundesstaat Iowa nicht gut bekommen. Er hatte ein Wahlplakat von Präsidentschaftskandidat Joe Biden geklaut. Die lokale Tageszeitung berichtete darüber in einem kleinen Sammelstück über kleine Verbrechen.

Damit niemand davon erfuhr, griff der Dieb zu einem ungewöhnlichen Mittel: Er klaute kurzerhand auch die Zeitungen. In Teilen der Region war das Blatt an diesem Tag in Kiosken und Geschäften nicht mehr verfügbar. Dachte der Mann: Aus den Augen, aus dem Sinn? Wenn ja, hätte er ignoriert, dass dieses Phänomen jemandem auffallen könnte.

Vielleicht leidet der Mann aber auch nur an einer hochinfektiösen Krankheit, die allerdings nicht mit C beginnt und weitestgehend auf die USA beschränkt ist: Mad Election Disease, zu Deutsch: Wahlwahnsinn. In der Hauptstadt Washington D.C. ist die Krankheit schon lange außer Kontrolle, ein besonders hartnäckiges Cluster findet sich in einem großen weißen Haus in der Pennsylvania Avenue. Doch auch der südöstlichste Bundesstaat, Heimat aller Florida Men, bleibt nicht verschont. Dort klaute ein 26-Jähriger einen Bulldozer, um in der Nachbarschaft herumzufahren und Plakate von, Sie ahnen es, Joe Biden umzufahren. Immerhin: Ein Impfstoff könnte am 4. November auf den Markt kommen.

Dominik Guggemos

FOTO: ©MEILUN/SHUTTERSTOCK.COM

Kulturhauptstadt

Votum für Chemnitz

Berlin. Chemnitz soll „Kulturhauptstadt Europas 2025“ werden. Das teilte die Vorsitzende der mit der Entscheidung beauftragten europäischen Jury, Sylvia Amann, mit. Im Anschluss an die Empfehlung wird die Kulturministerkonferenz im Einvernehmen mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) bis Ende 2020 die Gewinnerstadt offiziell ernennen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) äußerte sich hocherfreut *afp*

Lkw-Maut

EuGH kippt Berechnung

Luxemburg. Deutschland darf bei der Berechnung der Lkw-Maut nicht die Kosten für die Verkehrspolizei einbeziehen. Die Polizei falle unter hoheitliche Befugnisse des Staates und nicht unter Betriebskosten. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Mittwoch im Streit zwischen einer polnischen Spedition und der Bundesrepublik über die Rückerstattung von Mautgebühren entschieden. *afp*
Wirtschaft